Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigen nehmen die Austräger und die Geschäftsstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 30 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 40 — Sonnabend, den 16. Februar 1924 — 19. Jahrgang

Gesundungskrisis.

Von Dr. Nölle, M. d. R.

Die Gesundungskrisis geht weiter, nach außen und im Innern; allerdings liegt das Schwergewicht dabei zunächst noch bei der Krisis und noch nicht bei der Gesundung.

Die Rede des englischen Premierministers zeigt einen starken und klaren Willen zu einer Politik der Verständigung nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Deutschland und zu einer Lösung der europäischen Gesamtschwierigkeiten. Wenn er dabei an den Völkerbund als Instrument einer solchen Politik denkt so würde niemand freudiger als das deutsche Volk eine solche Wandlung begrüßen. Bisher war der Völkerbund in seiner Betätigung gegenüber Deutschland ein Syndikat zur wirtschaftlichen Versklavung Mitteleuropas. Wenn es Macdonald gelingt, den Völkerbund wirklich zu einer Körperschaft zu machen, die nach ihrer Zusammensetzung und nach dem Geist, in dem sie arbeitet, das Vertrauen auch des deutschen Volkes verdient so wird er eine geschichtliche Großtat vollbracht haben. In einem solchen Völkerbund wird auch Platz für Deutschland und Amerika sein. Wir unsererseits werden abzuwarten haben, welche praktischen Auswirkungen die Ideen des englischen Staatsmannes zeitigen werden. Wenn die Reparationskommission auf Grund der jetzt beendeten Vorarbeiten der Sachverständigenausschüsse ihre Entscheidungen treffen wird, wird sich erstmalig zeigen, ob Deutschland gegenüber nach wie vor der französische Vernichtungswille triumphiert oder ob auch auf der Gegenseite der gleiche Verständigungswille vorhanden ist, an dem es bei uns niemals gefehlt hat. Die Art, in der die Sachverständigenausschüsse ihre Aufgaben behandelt haben, läßt diesmal doch einige Hoffnungen als erlaubt erscheinen. Ganz wesentlich trägt hierzu auch das zielsichere Vorgehen des neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bei. Er erscheint auch dem Ausland gegenüber als ein Mann, der weiß, was er will und der die sachlichen und persönlichen Qualitäten besitzt, um die ungeheuer schwierigen Probleme einer neuen und stabilen deutschen Währung erfolgreich durchzuführen. Ohne eine solche Lösung würde die deutsche Wirtschaft niemals auf ihre volle Leistungshöhe gebracht werden können.

Gegenwärtig ächzt und stöhnt das Räderwerk des deutschen Wirtschaftslebens. In der Landwirtschaft ist fast über Nacht eine schwere Krisis heraufgezogen. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind zum Teil unter den Friedensstand gesunken, eine für den Verbraucher zunächst erfreuliche Erscheinung, für die Landwirtschaft aber und damit letzten Endes auch für die Volksgesamtheit ein ruinöser Zustand, wenn demgegenüber auf die Dauer die Betriebskosten der Landwirtschaft weit höher als vor dem Kriege bleiben würden. In der Industrie zeigt sich beachtliche Belebung, aber die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung hindern noch eine volle Ausnutzung der steigenden Tendenz. Diese Stauungserscheinungen müssen überwunden werden. Auf manchen Gebieten ist dies zu einem erheblichen Teil bereits gelungen. Die Arbeitsintensität ist überall im Steigen begriffen. Sie war unter den Folgen des Krieges und unter den Entartungen der nachrevolutionären Zeit viel stärker gesunken als gemeinhin bekannt war. Ein Ruhrbergarbeiter förderte vor dem Kriege täglich 1159 Kilo Kohle, 1922 förderte er nur 808 Kilo, gegenwärtig hat die Leistung den Friedensstand fast wieder erreicht. Noch kann sich diese Steigerung bei der Urproduktion der Kohle für die deutsche Wirtschaft nicht voll übertragen, da im Ruhrgebiet erst 60—70 Prozent der Arbeiter wieder in den Betrieben sind, aber schon die jetzige Leistungserhöhung bringt merkliche Befruchtung für die kohleverbrauchende Wirtschaft. Eine weitblickende Tarifpolitik der Reichsbahn wird mehr noch als bisher mit zu helfen vermögen. Es muß gerade die Aufgabe der Reichsbetriebe sein, alles zu vermeiden, was einer Senkung der Großhandels- und Kleinhandelspreise für die lebensnotwendigen Waren sich entgegenstellt. Ohne eine solche Senkung ist das auf die Dauer unerträgliche Mißverhältnis zwischen den Kosten der Lebenshaltung auf der einen und dem stark zurückgeschraubten Einkommen auf der anderen Seite nicht zu beseitigen. Tatsächlich liegen gegenwärtig die Dinge so, daß die Einkommen nicht nur der Fürsorgebedürftigen, der Kleinrentner, Sozialrentner und Kriegsversorgten nicht ausreichen, um die äußerste Not zu bannen, sondern auch die Einkommen der breiten Schichten der Festbesoldeten sind, an den Preisen der Lebenshaltung gemessen, so niedrig, daß sie nur als ein vorübergehender Notzustand betrachtet werden können. Gewiß werden wir uns alle an den Gedanken gewöhnen müssen, daß das Niveau unserer Lebenshaltung unter dem der Friedenszeit liegen muß, aber es gibt Grenzen nach unten, deren Ueberschreitung nicht Sparsamkeit ist, sondern wirtschaftlicher und menschlicher Raubbau und eine im äußeren Gewande der Sparsamkeit betriebene Vergeudung.

Ob die an sich nötige Sparsamkeit des Reiches nicht auch bei der Lösung des Aufwertungsproblems Bahnen gewandelt ist, die letzten Endes in die Irre führen, wird sich erst noch erweisen müssen. Daß der bankrotte Staat seine Gläubiger nicht voll befriedigen kann, ist leider eine nicht zu beseitigende schmerzliche Tatsache, aber die Art, wie ein Schuldner mit seinem Gläubiger akkodiert, ist doch ganz wesentlich dafür, ob und in welchem Umfange man dem Schuldner künftig wieder Vertrauen entgegenbringen kann. Oeffentliche Anleihen Hypotheken und andere notwendige Typen einer normalen Kreditwirtschaft werden dauernd beim Privatkapital, von dem sie getragen sein müssen, diskreditiert bleiben, wenn das Gefühl des Betrogenseins bei den Betroffenen zurückbleibt. Ein Staat, der hier falsch vorgeht, entlastet sich zwar für den Augenblick, belastet sich und die Wirtschaft aber für die Zukunft ungeheuer dadurch, daß er notwendige Kreditquellen damit verstopft.

Wie auf dem Wege zur wirtschaftlichen Gesundung außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, so auch auf dem Wege zur innerpolitischen Gesundung. Auch hier stehen wir inmitten einer starken Krisis. Die an einzelnen Stellen in Deutschland in der letzten Zeit stattgefundenen Wahlen zeigen eine bemerkenswerte Abkehr von der sozialistischen Strömung. Sie zeigen darüber hinaus noch ein anderes: Eine Stärkung des Radikalismus. Mit Radikalismus kann man aber niemals eine dauernde Festigung innerpolitischer Verhältnisse erreichen. Der Radikalismus der einen Seite löst mit Naturnotwendigkeit einen solchen auf der anderen Seite aus, und die Folge davon ist Verschärfung der Gegensätze; was wir aber brauchen ist Ueberwindung der politischen und sozialen Zerklüftung. Die Parole kann in der Politik und in der Wirtschaft niemals so gegeben werden, ob der Arbeiter oder der Unternehmer bestimmend sein soll, ob das Kapital oder die Arbeit Träger des Wirtschaftslebens ist, ob eine Rechtsströmung oder eine Linksströmung die Politik bestimmt: nein, wir brauchen zur Gesundung Arbeiter und Unternehmer, Kapital und Arbeit, und wir brauchen die politischen Kräfte von rechts und links. Ausgleich und Zusammenfassung sind aber niemals denkbar auf dem Boden des Radikalismus, sondern nur auf mittlerer Linie.

Schwerste Not an Leib und Seele

leiden unsere deutschen **Brüder in der Pfalz** durch unversöhnliche Feinde und separatistisches Verbrechergesindel.

Gedenkt derer, die trotz aller Not treu zum deutschen Vaterlande halten und **beweist** es am

Sonntag, den 17. Februar!

Die Pfalz ist einer der Eckpfeiler Deutschlands und darf nicht fallen!

Das Unternehmen „Deutsche Reichsbahn".

Ein Erlaß des Reichsverkehrsministers.

Der Reichsverkehrsminister hat am Freitag an die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Deutschen Reichsbahn folgenden Erlaß gerichtet:

Am heutigen Tage wird die Deutsche Reichsbahn zu einem selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen mit eigener rechtlicher Persönlichkeit. Finanziell ist damit das Unternehmen zu einer Zeit auf eigene Füße gestellt in der die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen und die Durchführung der nötigen finanziellen Maßregeln durch die noch fortdauernde widerrechtliche Vorenthaltung wertvoller Teile des Netzes im Westen des Reiches an sich äußerst erschwert ist. Gleichwohl wollen wir alle, die wir dem Unternehmen „Deutsche Reichsbahn" angehören, unser Bestes hergeben, um im altbewährten Geiste treuer Pflichterfüllung die neuen Gedanken moderner Wirtschaftsführung in die Verwaltung hineinzutragen und das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für das Ganze in jedem von uns erneut zu stärken. Daß neben diesem Leitgedanken der Sorge für das Unternehmen selbst auch die Belange der Allgemeinwirtschaft für alle Angehörigen der „Deutschen Reichsbahn" weiter gewahrt werden, dafür bürgt die Erziehung des gesamten Personals zu diesem Gemeinschaftssinne.

Wie die gesamten Verhältnisse des Personals bei der Neuregelung unverändert bleiben, so soll auch der Geist, in dem wir arbeiten, der gleiche Geist des Vertrauens sein wie bisher und nun

Frischauf ans Werk!

Der Leiter des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn"
ges. Oeser, Reichsverkehrsminister.

Pfalzfragen.

Englische Vorschläge.

Die „Morningpost" meldet: Der britische Botschafter in Paris Lord Crewe hat am Freitag dem Ministerpräsidenten Poincaré die englischen Vorschläge hinsichtlich der gemeinsamen Stellungnahme der Alliierten in den besetzten Gebieten überreicht. Sie betragen sich dahin, daß für die Dauer der Besetzung nur mit denjenigen Behörden militärische Beziehungen aufrecht zu erhalten sind, die bei Beginn der Besetzung bestanden oder die von der Reichsregierung ausdrücklich anerkannt sind. Die „Morningpost" nennt die englischen Vorschläge den Abschluß der bisherigen Vorverhandlungen zwischen den Kabinetten.

Der deutsche Botschafter in London Sthamer hat Macdonald einen Besuch abgestattet, bei welcher Unterredung ein modus vivendi in den Pfalz zur Sprache kam.

Lloyd George greift die Franzosen in der Presse an.

Im „Daily Chronicle" erklärt Lloyd George, daß die Alliierten keine passiven Zuschauer sein könnten, wenn ernste Unruhen, Kämpfe und Metzeleien unter ihren Augen stattfänden, die unter Umständen einer von ihnen geschaffen habe. In Paris werde der Vorschlag gemacht eine „unparteiische" provisorische Regierung einzusetzen um die Ordnung wiederherzustellen. Warum sollten aber die Alliierten eine Aufgabe übernehmen, die die Bayern sehr wohl imstande seien, selbst auszuführen, wenn man sie gerecht behandele? Es genüge, die hereingebrachten separatistischen Strolche zu entfernen und die Beamten, die von ihnen aufgehoben wurden, wieder in ihre Aemter einzusetzen.

Englischer Einspruch gegen die Sanktionen.

Die „Times" melden aus Koblenz: Wegen einer Ergreifung von Repressalien wegen der letzten Ermordung von Separatisten in der Pfalz hat der englische Vertreter bei der Rheinlandkommission Vorbehalte erhoben. Die Ergreifung von Repressalien stehe, da es sich nicht um Angriffe auf die Besatzungstruppen handele, den militärischen Befehlsstellen keineswegs zu.

Frankreich schützt noch immer die Verbrecher von Pirmasens.

Ein Teil der in Pirmasens noch anwesenden Separatisten wurde unter französischer Bedeckung in Autos aus der Stadt abtransportiert. Ein weiterer Teil befindet sich noch unter Bewachung der Polizei. Die Franzosen haben den Polizeibeamten die Schußwaffen abgenommen. Vorgestern nachmittag waren General de Metz und Oberkommissar Tirard hier anwesend. Von Pirmasenser Zeitungen ist das Erscheinen noch verboten. Der Verleger der „Pirmasenser Zeitung" wurde aus unbekannten Gründen von den Franzosen verhaftet; in seiner Wohnung wurde eine Haussuchung vorgenommen, die ergebnislos verlief. Der Chefredakteur und Verlagsdirektor der „Pirmasenser Zeitung", der verreist ist, wird von den Franzosen gesucht. In der Stadt herrscht Ruhe.

Ein konstruktiver französischer Plan.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune" macht ausführliche Angaben über einen sogenannten konstruktiven Plan der französischen Regierung. Die französische Regierung erklärt sich, seinen Angaben zufolge, bereit, nach Kenntnisnahme der Sachverständigenberichte an einer interalliierten Konferenz, auf der das gesamte Reparationsproblem überhaupt und außerdem das interalliierte Schuldenproblem zur Sprache gebracht werden solle, teilzunehmen. Im Verlaufe dieser Konferenz werde von einer der Mächte die Annullierung der interalliierten Schulden zur Anregung kommen. In dieser Frage sei zwischen den verbündeten Mächten auch bereits eine Verständigung erzielt (?) und es komme „nur" darauf an, die Zustimmung der Vereinigten Staaten einzuholen. Der Plan der französischen Regierung sehe eine Räumung des Ruhrgebietes und eine Herabsetzung des Truppenbestandes aber vorläufig noch nicht vor. Dagegen lege die französische Regierung großen Wert auf die Errichtung einer interalliierten Wirtschaftskontrolle im Ruhrgebiet, an der sich auch Großbritannien beteiligen werde. Auf diese Weise hoffe man auf einem Umwege das stillschweigende Einverständnis Großbritanniens mit der Besetzung des Ruhrbeckens zu erzielen.